

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1032 Postulat Stadelmann Karin und Mit. über eine Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung über den Bevölkerungsschutz für junge Schweizerinnen im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Josef Schuler und Mario Bucher beantragen teilweise Erheblicherklärung.
Rahel Estermann beantragt Ablehnung.
Karin Andrea Stadelmann hält an ihrem Postulat fest.

Karin Andrea Stadelmann: Um was geht es mir mit diesem Vorstoss? Es geht mir darum, dass wir unsere Institutionen im Bevölkerungsschutz in Zukunft stärken können. Seit der Pandemie, dem Hochwasser, aber auch dem Ukraine-Krieg geben uns das Militär, der Zivilschutz, Nothelfende, die Polizei sowie Sanitäterinnen und Sanitäter Sicherheit. Wir sind auf diese Leute angewiesen. Wenn wir aber ehrlich sind, wissen wir schon lange, dass wir diese Sicherheit nicht nur seit diesen Katastrophen haben, sondern wir tragen sie tagtäglich in uns, und sie sorgt dafür, dass wir in einem sicheren Land leben dürfen. Deshalb ist es doch wichtig und richtig, dass in Zukunft alle die Informationen über den Bevölkerungsschutz erlangen können und vielleicht auch einen Weg dazu einschlagen. Um was geht es mir noch? Es geht mir um den Zugang und die Chancengleichheit bei der Information. In Zukunft sollen Frauen und auch Ausländerinnen und Ausländer ebenfalls am Informationstag zum Bevölkerungsschutz teilnehmen können, ja sogar müssen, denn freiwillig können sie es eigentlich schon. Die Informationen gelangen aber einfach nicht zu ihnen. Das sage ich nicht nur so, sondern ich habe es im Gespräch mit einigen jungen Frauen direkt erfahren. Wenn sie gewusst hätten, dass sie ihren Weg über den First Responder oder den Zivilschutz einschlagen können, hätten sie das früher getan. Die Selbstverantwortung ist zwar da, aber es funktioniert trotzdem nicht. Wir sprechen auch im Parlament immer wieder darüber, dass in anderen freiwilligen Institutionen Fachkräfte fehlen oder sich niemand mehr freiwillig für den Bevölkerungs- oder Zivilschutz engagieren will. Mit dem Postulat haben wir die Möglichkeit, bei der Information eine Chancengleichheit herzustellen. Zivilschutz sollte keine Frage des Geschlechts oder des Alters sein, sondern jeden und jede von uns angehen, und jede und jeder von uns sollte diesen Weg einschlagen können, wenn sie oder er es möchte. Ich zitiere von einer Webseite: «Wenn du dich als Frau für den Zivilschutz engagieren möchtest, musst du zunächst ein Gesuch bei dem für den Zivilschutz zuständigen Amt einreichen.» Das steht auf mehreren Webseiten. Ich wünsche mir, dass dort in Zukunft steht, dass alle, die Interesse haben, an einer Informationsveranstaltung teilnehmen können, dass sie aber auch die Einladung erhalten und verpflichtet sind, an diesem Informationstag teilzunehmen. Ich selbst

hätte den Weg früher eingeschlagen, hätte ich gewusst, wie man den First Responder auf dem Weg des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes absolvieren kann. Ich danke der Regierung für ihre so offene und strategisch, aber auch aktuell in die Entwicklungen auf Stufe Bund eingebettete Stellungnahme. Die Stellungnahme der Regierung zeigt auf, dass sie im Bevölkerungsschutz vorwärts machen will. Die Regierung anerkennt, dass wir bei der Sicherheit Bedarf haben und wir so auch eine neue Chance packen können, um in Zukunft Frauen und Männer für den Zivilschutz zu begeistern und das auch aufzugleisen. Wir haben zudem die Möglichkeit, als Kanton eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Josef Schuler: Ich bin überzeugt, dass eine obligatorische Informationsveranstaltung kontraproduktiv wirkt, deshalb sollte sie freiwillig bleiben. Man müsste aber einen Weg finden, um die Informationsveranstaltung auszubauen. Für uns sieht Gleichberechtigung anders aus, denn man müsste sich dann auch überlegen, wie man den Zugang zu Polizei sowie Feuerwehr und Zivilschutz neu regeln könnte. Beim Lesen des Titels war ich begeistert von diesem Vorstoss. Ich sehe die Dringlichkeit, dass der personelle Rückstand beim Zivilschutz und bei verschiedenen Aufgaben der Armee aufgestockt werden sollte. Das ist wichtig. Doch das Postulat ähnelt dem «Rüebli-Prinzip» oder nach freier, sprichwörtlicher Formulierung: «Dem Esel ein Rüebli vor die Nase halten». Das heisst eigentlich, dass der Esel dem Rüebli folgt, ohne dass er je die Chance hat, das Rüebli zu essen. In diesem Fall sind vor allem die Ausländerinnen und Ausländer gemeint, die man zu dieser obligatorischen Veranstaltung einladen möchte. Sie müssen nämlich zuerst im Besitz des Schweizer Passes sein, bevor sie überhaupt aufgenommen werden können. Deshalb stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen sinnvoll ist. Die Chancengleichheit beginnt mit der Integration und der Anerkennung als Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Es gibt also noch viele Hürden. Niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer zu einer Informationsveranstaltung zu verpflichten für einen Dienst, den sie infolge der rechtlichen Hürde nicht ausüben können, funktioniert nicht und entspricht dem «Rüebli-Prinzip». Ich störe mich auch an dem Begriff «obligatorisch». Ich erachte eine freiwillige Einladung an alle Personen im Kanton als zielführend, egal ob Mann, Frau, mit Schweizer Pass oder ohne. Dann liegt der Entscheid bei diesen Personen. Junge Schweizerinnen und Schweizer zu zwingen, macht keinen Sinn. Man stellt sich auch die Frage, wie ein solches Obligatorium durchgesetzt werden soll. Werden die Identitäten erfasst? Was passiert, wenn sich jemand verweigert? Gibt es Sanktionen? Ein Obligatorium bewirkt das Gegenteil von dem, was das Postulat erreichen möchte. Jugendliche sind nicht faul, dumm und stur und lassen sich auch nicht einfach zwingen. Aus den genannten Gründen beantrage ich die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Ein Teil der SP-Fraktion folgt meinem Antrag.

Mario Bucher: Zuerst möchte ich vorausschicken, dass die SVP-Fraktion weder Frauen noch Ausländer mit Eseln vergleichen würde. Grundsätzlich ist das Anliegen der Postulantin nicht falsch. Wir stören uns jedoch an einem Alleingang des Kantons Luzern in dieser Frage. Es wäre am Bund, eine gesamtheitliche Wehrpflicht für Frauen einzuleiten. Für eine kantonale Regelung gibt es noch zu viele offene Fragen. Männer erhalten gemäss Erwerbsersatzordnung (EO) Erwerbsausfallsentschädigungen, aber Frauen müssen dafür Freitage beziehen. Werden Sie abgabepflichtig, wenn sie an diesem Tag der Informationsveranstaltung fernbleiben? Das bedeutet für die Unternehmen einen grossen Mehraufwand. Wie funktioniert es, wenn jemand im Kanton wohnhaft ist, aber ausserkantonale arbeitet? Für einen kantonalen Alleingang hat es noch zu viele offene Fragen. Den Frauen soll es möglich sein – was es ja bereits ist –, sich für den Militär- und Zivildienst sowie auch den Zivilschutz zu interessieren. Eine Pflicht nur für Frauen aus dem Kanton Luzern finden wir nicht richtig. Wie bereits erwähnt, müsste auf Stufe Bund eine Anpassung an die

Gleichberechtigung erfolgen. Bei der Gleichberechtigung gibt es nämlich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Eine Randbemerkung: Scheinbar muss man immer wieder erwähnen, dass der Personalmangel bei Blaulichtorganisationen und beim Zivildienst und Zivilschutz auch auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Würde man die Zuwanderung begrenzen und stärker regulieren, hätten wir in vielen Bereichen weniger Probleme. Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Rahel Estermann: Die Grüne Fraktion beantragt die Ablehnung. Wir stehen für einen starken Zivilschutz ein und haben uns auch in den laufenden Kommissionsberatungen über das Zivilschutzzentrum Sempach für die Erneuerung der Infrastrukturen starkgemacht. Wieso lehnen wir das Postulat trotzdem ab? Frauen leisten heute schon sehr viele kostenlose Dienste für die Sicherheit unserer Gesellschaft. Es geht dabei um viele Dutzende Milliarden von Franken. Sicherheit bedeutet für die meisten Menschen etwa ein selbstgekochtes Nachtessen der Eltern und den Besuch einer Nachbarin, die sich bei einer alten Frau erkundigt, ob diese bei der Hitze auch genügend getrunken hat. Sicherheit kann auch bedeuten, für eine Untersuchung ins Spital gefahren zu werden. All das gehört zum Thema Sicherheit, es geht nicht nur um die Armee, den Bevölkerungsschutz oder den Zivildienst. Frauen leisten immer noch den grössten Anteil daran. Das ist auch statistisch bestätigt. Meistens erfolgt diese sogenannte Care-Arbeit ohne Bezahlung. Care-Arbeit ist häufig auch Sicherheitsarbeit. Care-Arbeit ist häufig schlecht oder gar nicht versichert, und sie taucht in keinem Lebenslauf auf. Solange Frauen auf dieser Ebene benachteiligt sind, weil sie gratis so viel Care-Arbeit leisten, ist es unangebracht, hier von Chancengleichheit zu sprechen. Mit diesem Orientierungstag gibt es neue Verpflichtungen, die nicht in dieses Gesamtbild passen. Vielleicht wären wir kompromissbereit, wenn sich die Mitte-Fraktion für einen obligatorischen Informationstag für Väter über die Kinderbetreuung einsetzen würde. Je nach Kanton ist der Unterbestand beim Zivilschutz sehr unterschiedlich. Leider sagt die Regierung in der Stellungnahme nichts dazu, wie es im Kanton Luzern diesbezüglich aussieht. Wir hätten entsprechende Zahlen erwartet. Eine einfache Lösung wäre innerhalb der Kantone selber möglich, da viele Kantone einen Überbestand ausweisen. Die Kantone scheinen sich diesbezüglich aber in einer Verweigerungshaltung zu befinden. Solange diese einfache, effiziente Lösung nicht in Betracht gezogen wird, finden wir es nicht nötig, auf Kosten der Frauen einen neuen obligatorischen Informationstag einzuführen.

Ursula Berset: Die GLP-Fraktion hat kontrovers über diesen Vorstoss diskutiert. Auf den ersten Blick scheint die Forderung sehr zielführend und fair. Der Bevölkerungsschutz hat zu wenig Personen, und Männer müssen an der Informationsveranstaltung teilnehmen. Der Bevölkerungsschutz geht uns alle an, also sollen auch die Frauen an dieser Veranstaltung teilnehmen müssen. Das hat eine gewisse Logik. Trotzdem wird mit dieser Forderung meiner Meinung nach das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Angenommen, ich bin ein geselliger Mensch und habe in meinem Haus gerne viele Menschen um mich herum. Was raten Sie mir in diesem Fall? Ich muss das Haus so gestalten, dass viele Personen darin Platz haben und sich bewegen können. Damit sich diese Personen bei mir wohlfühlen, muss ich mir überlegen, wer kommen wird und welche Regeln gelten sollen, damit sich meine gewünschten Gäste wohl fühlen. Natürlich muss ich die Tür öffnen und den Zugang zum Haus vereinfachen, vielleicht den Nachbarn um Hilfe bitten und auf der Strasse gut sichtbare Schilder aufstellen, die zeigen, was für eine tolle Veranstaltung stattfindet. Was würden Sie dazu sagen, wenn ich stattdessen auf der Strasse eine Umleitung einrichte? Wenn ich per Gesetz erwirken würde, dass alle Dorfbewohner zwingend durch meinen Garten laufen müssen, damit sie sehen können, wie gut wir es in unserem Haus haben? Ist das nicht ein wenig anmassend? Ich will damit sagen, dass der Bevölkerungsschutz zuerst seine Hausaufgaben machen muss, wenn er

dem drohenden Personalmangel zukunftsgerichtet begegnen will. Er muss zuerst abklären, ob die heutigen Strukturen und Prozesse, die Führungskultur, die Arbeitsweise sowie die Werthaltung noch passen und ob er darauf ausgerichtet ist, dass auch Frauen und Dienstleistende mit Migrationshintergrund sich darin wohlfühlen. Nicht zuletzt sollten auch seine Infrastruktur und die Sanitäranlagen auf eine diverse Gesellschaft ausgerichtet sein. Nach den Ausführungen der Postulantin denke ich, dass der Bevölkerungsschutz vor allem bei der Kommunikation noch sehr viel Unterstützung benötigt. Für mich und einen Teil der GLP-Fraktion ist in dieser Sache eines klar: Die Ursache des Personalmangels beim Bevölkerungsschutz hat nichts mit jungen Schweizer Frauen zu tun, sondern mit nicht mehr jungen Schweizer Männern. Sie stehen als Führungspersonen in der Pflicht, den Bevölkerungsschutz attraktiv und sichtbar zu machen. Ein Teil der GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Frauen haben heute keine Wehrpflicht, deshalb ist die Informationsveranstaltung für Frauen nicht verpflichtend. Das ist logisch und konsequent. Wer das ändern will, soll die Diskussion über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen und Männer starten. An die Adresse von Mario Bucher: Der Standardbösewicht «Ausländer» taugt im Zivilschutz leider nicht. Es gibt viele Ausländer, die Zivilschutz leisten, weil sie diesen in ihrem Ursprungsland als Militärdienstersatz anrechnen lassen können.

Helen Affentranger-Aregger: Für mich geht es in diesem Postulat auch um Chancengleichheit. Es geht um das Aufzeigen von Möglichkeiten. Ich habe selber zwei Töchter, die Militärdienst leisten. Hier geht es zwar nicht um den Militärdienst, aber es ist ein gutes Beispiel, um aufzuzeigen, wie der Mechanismus auch laufen kann. Bei der älteren Tochter waren es zufällige Begegnungen, die sie dazu gebracht haben, an den Orientierungstag zu gehen. Sie hat die Chance erkannt und beim Militär schlussendlich eine tolle Kaderausbildung absolviert, die auch in der Privatwirtschaft anerkannt wird. Sie wäre wohl nicht auf die Idee gekommen, den freiwilligen Orientierungstag zu besuchen, wenn sie nicht dorthin mitgeschleppt worden wäre. Nebst dem Aspekt der personellen Sorgen des Bevölkerungsschutzes ist die Ausbildung, die man in diesen Organisationen erhält, für jeden einzelnen ein Vorteil. Jede und jeder hat die Chance, in diesen Organisationen in den Genuss von Gratisausbildungen zu kommen. Jede Ausbildung, die man in seinem Leben macht, trägt einen Teil zum gut gefüllten Erfahrungsrucksack bei.

Philipp Bucher: Es ist eine Tatsache, dass beim Zivilschutz und den freiwilligen Organisationen des Bevölkerungsschutzes ein Fachkräftemangel herrscht. Eine Orientierungsveranstaltung für junge Frauen erschliesst zweifellos ein erhebliches Rekrutierungspotenzial. Dass der Kanton Aargau uns hier für einmal voraus ist, zeigt auf, dass es Möglichkeiten gibt. Für die jungen Frauen bieten solche Orientierungsveranstaltungen zudem zahlreiche Möglichkeiten, ihre Netzwerke zu erweitern. Wenn sie sich in diesen Organisationen engagieren, können sie sich in diesen Bereichen fundiertes Wissen aneignen, welches nicht nur in Notsituationen angewendet werden kann. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das ein wichtiger Aspekt, der nicht ausser Acht gelassen werden darf und für die ganze Gesellschaft einen grossen Nutzen darstellt. Nicht erst seit der Pandemie ist es uns bewusst, wie wichtig ein taugliches, gut vorbereitetes und funktionierendes System aus Zivil- und Bevölkerungsschutz ist. Schon frühere Ereignisse wie die Hochwasser 1987 oder 2005 haben das sehr deutlich aufgezeigt. Da solche Ereignisse vor den Kantonsgrenzen nicht haltmachen, gehen wir mit der Regierung dahingehend einig, dass eine Bundeslösung anzustreben wäre. Uns ist bewusst, dass die Umsetzung lange dauern wird. Wir wollen deshalb anpacken und umsetzen. Wir unterstützen den Plan der Regierung, trotz einem erheblichen personellen und finanziellen Aufwand mit den beteiligten Organisationen rasch mögliche Lösungsansätze zu prüfen. Die FDP-Fraktion stimmt einstimmig der Erheblicherklärung zu.

Jasmin Ursprung: Die Soll-Zahlen sind im Kanton nicht mehr gegeben, darauf habe ich bereits vor zwei Jahren mit einem Vorstoss aufmerksam gemacht. Damals war die Prüfung zwischen dem Zivildienst und dem Zivilschutz ein wichtiger Punkt. Diese ist aber nur auf Bundesebene möglich. Wenn die Soll-Zahlen nicht erreicht werden können, sollten Personen aus dem Zivildienst beigezogen werden können, um dieses Loch zu stopfen. Aus den bereits von Mario Bucher genannten Gründen ist die SVP-Fraktion aber gegen ein Obligatorium für Frauen.

Karin Andrea Stadelmann: Ob Rübli oder Esel oder Ei und Huhn: Ich wünsche mir, dass wir nicht mehr herumeiern, sondern mit dem Bevölkerungsschutz vorwärtskommen. Ich bin auch über das Votum von Jasmin Ursprung froh. Der Zivilschutz muss seine Aufgaben machen und braucht bei der Kommunikation Unterstützung. Der Kanton Luzern macht seine Aufgaben, dem Zivilschutz steht eine Frau vor. Aber er braucht nun politische Unterstützung, wie das der Regierungsrat auch erkannt hat.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Ein Obligatorium ist eine von vielen Massnahmen, die wir näher prüfen möchten. Wir laufen im Zivilschutz in einen Unterbestand; das hat strukturelle Gründe, die auch mit dem Bund und der Armeeorganisation und dem Zivildienst zu tun haben. Der Bund wird sich in diesen Fragen vor allem auf die Armee und teilweise auf den Zivilschutz fokussieren, nicht aber auf die übrigen Sicherheitsorganisationen. Wir haben als eine andere Massnahme Thementage vorgeschlagen, die wir zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen organisieren wollen. Hier verfolgen wir auch die Entwicklung im Kanton Aargau. Dort hat der Grosse Rat vor den Sommerferien einem entsprechenden Gesetz mit einem Obligatorium mit 134 zu 1 Stimme zugestimmt. Der Bedarf wurde also sehr deutlich anerkannt. Weil das Problem akut ist, finde ich es wichtig, dass wir als Kanton handeln. Es dauert viel zu lang, bis der Bund mit Lösungsvorschlägen kommt. Wir können schneller reagieren und ein entsprechendes Konzept vorstellen. Wenn Sie uns den Auftrag erteilen, dieses Obligatorium näher zu prüfen, werden wir beispielsweise die heute von Mario Bucher gestellten Fragen prüfen. Die kantonalen Sicherheitstage sollen nicht nur im Bereich des Zivilschutzes erfolgen, sondern dazu gehören auch die Polizei, die Sanität sowie die Feuerwehr. Alle diese Organisationen sollen die Möglichkeit erhalten, sich zu präsentieren. Da alle diese Organisationen mit Personalmangel zu kämpfen haben, bitte ich Sie im Namen der Regierung, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 56 zu 51 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 93 zu 17 Stimmen teilweise erheblich.